III. Waffenrechtliche Regelungen	
1. Plant Ihre Partei konkrete Veränderungen des Waffengesetzes?	
CDU CSU	▪ Das zuletzt 2009 nach dem Amoklauf in Winnenden geänderte Waffengesetz hat sich bewährt. Weitere Änderungen des Waffenrechts sind daher nicht geplant. Sichergestellt werden muss allerdings, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Sportschützen gewahrt bleibt. Dies liegt in unserem ganz besonderen öffentlichen Interesse.
SPD	▪ Die SPD-Bundestagsfraktion plant aktuell keine konkreten Veränderungen des Waffengesetzes. ▪ Es wird darauf hingewiesen, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition bis Ende 2011 eine Evaluierung der Wirksamkeit der im Jahre 2009 getroffenen Regelungen im Waffenrecht zu sicheren Aufbewahrung und zum Schutz vor unberechtigtem Zugriff vorlegen wollte. Darin sollte auch geprüft werden, ob es im praktischen Vollzug unzumutbare Belastungen für die Waffenbesitzer gebe. Mit großer zeitlicher Verspätung hat der Bundesminister des Innern sich lediglich einen Evaluierungsbericht der Länder weitestgehend zu eigen gemacht, wollte aber trotz der Zusage im schwarz-gelben Koalitionsvertrag keine eigenständige bundesweite Evaluierung durchführen, da seiner Ansicht nach nicht zu erwarten sei, dass eine erneute eigenständige Abfrage des Bundes bei den Ländern zu weitergehenden Ergebnissen bzw. Erkenntnissen geführt hätte.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Ja, dazu die Antworten auf die folgenden Fragen und zur Information auch unsere Bundestagsantrag auf Drucksache 16/12477.
FDP Die Liberalen	▪ Wir wollen in der nächsten Wahlperiode den illegalen Waffenbesitz verstärkt bekämpfen. Bis 2009 wurde das Waffenrecht in weiten Bereichen verschärft. Die heute vorliegenden Ergebnisse der Evaluierung des Waffenrechts sind wenig aussagekräftig. Daher fordern wir eine erneute vollumfassende und unabhängige Evaluierung des Waffenrechts unter Einbeziehung der Wissenschaft und der Fachverbände. Zu klären ist u.a.: ➢ inwieweit die rechtsstaatlich kritischen anlasslosen Kontrollen in Wohnungen und Privathäusern von Waffenbesitzern tatsächlich zu einem Mehr an Sicherheit führen, ➢ wie das Verfahren zur Genehmigung von Sportordnungen vereinfacht werden kann, ➢ ob weitere Waffen als „historische Waffen" kategorisiert und ➢ die Regelungen zu Erbwaffen vereinfacht werden können. ▪ Der abschließende Evaluierungsbericht ist zu veröffentlichen. Das Waffenrecht sollte sodann neu geordnet werden, damit es auch für juristische Laien verständiger wird. Die in dieser Legislaturperiode eingeführte Allgemeine Waffenverwaltungsvorschrift ist ein erster Schritt hin zu einem anwendungsfreundlichen und mehr Rechtssicherheit gewährleistendem Waffenrecht.
DIE LINKE.	▪ DIE LINKE tritt für eine Evaluierung des jetzigen Waffenrechts ein. In den letzten Jahren sind insbesondere nach schwerwiegenden Vorkommnissen mit Schusswaffen in großer Hektik Änderungen vorgenommen worden. Es muss unter anderem mittels der polizeilichen Kriminalitätsstatistik überprüft werden, ob sich der Regelungsbedarf bestätigt hat oder nicht.

III. Waffenrechtliche Regelungen	
2. Hält Ihre Partei Verschärfungen des Waffenrechts für erforderlich? Wenn ja: Aus welchen Gründen?	
CDU CSU	▪ Deutschland verfügt bekanntlich bereits über eines der strengsten Waffengesetze in der Welt. Für eine Verschärfung des Waffengesetzes gibt es derzeit keine Notwendigkeit.
SPD	▪ Es wird auf die oben angeführte Antwort zur Frage: Plant Ihre Partei konkrete Veränderungen des Waffengesetzes? verwiesen.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Waffen sind und bleiben gefährlich. Das gilt vor allem für illegale Waffen, deren Bekämpfung durch die Polizei die vordringlichste Aufgabe ist. Dazu gehören gezielte Aktionen, aber auch weltweit viel klarere Beschränkungen von Herstellung und Export. ▪ Aber auch die für Jagd und Schießsport legal erworbenen Waffen bergen Gefahren, denn auch diese Waffen können missbräuchlich zum Töten eingesetzt werden. Zum einen wollen wir daher ein wirksames, aktuelles Waffenregister, auch um das Abgleiten von Waffen in die Illegalität zu verhindern. Zum zweiten wollen wir die Aufbewahrungsregeln so verändern, dass ein Missbrauch von Waffen (wie etwa bei Amokläufen oder Tötungsdelikten in Familien) möglichst vermieden wird. Wegen des tödlichen Potentials von Waffen sind aus unserer Sicht hier auch weit gehende Maßnahmen gerechtfertigt. Neben einer wirksamen Kontrolle der bestehenden Vorschriften wollen wir dafür sorgen, dass funktionsfähige Waffen und Munition nicht mehr am gleichen Ort gelagert werden dürfen. Das ist nicht einfach umzusetzen und wir wollen damit auch nicht Jagd und Schießsport unmöglich machen; deswegen wollen wir hier im Dialog mit den Betroffenen einen praktikablen Weg finden.
FDP Die Liberalen	▪ Verschärfungen des Waffenrechts lehnen wir ab. Wir widersetzen uns auch im Bereich des Waffenrechts dem von anderen Parteien immer wieder versuchten Gängeln der Bürger.
DIE LINKE.	▪ DIE LINKE tritt für eine Evaluierung des jetzigen Waffenrechts ein. In den letzten Jahren sind insbesondere nach schwerwiegenden Vorkommnissen mit Schusswaffen in großer Hektik Änderungen vorgenommen worden. Es muss unter anderem mittels der polizeilichen Kriminalitätsstatistik überprüft werden, ob sich der Regelungsbedarf bestätigt hat oder nicht.

III. Waffenrechtliche Regelungen	
3. Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen für erforderlich? Wenn ja: Welche konkreten Waffen sollen verboten werden?	
CDU CSU	▪ Bereits nach geltendem Recht ist eine Vielzahl von Waffen verboten. Weitergehende Verbotsnormen im Waffengesetz sind derzeit nicht beabsichtigt.
SPD	▪ Es wird auf die oben angeführte Antwort zur Frage: Hält Ihre Partei Verschärfungen des Waffenrechts für erforderlich? Wenn ja: Aus welchen Gründen? verwiesen.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Halbautomatische Waffen, die Kriegswaffen nachempfunden sind wollen wir verbieten, weil sie faktisch „Anscheinskriegswaffen“ sind und zudem mit den entsprechenden Magazinen ausgerüstet eine besondere Gefahr darstellen. Ihrem zusätzlichen Gefahrenpotential steht keine rechtfertigende Notwendigkeit gegenüber. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir bereits im Bundestag eingebracht. (Bundestagsdrucksache 17/7732) ▪ Wir wollen auch großkalibrige Waffen stärker reglementieren oder auch verbieten. Sie bergen im Falle des Missbrauchs die Gefahr besonders schwerer Verletzungen, spielen aber – insbesondere im klassischen olympischen – Schießsport nur eine untergeordnete Rolle.
FDP Die Liberalen	▪ Das Verbot von bisher nicht verbotenen Waffen lehnen wir ab, wie wir dies in dieser Wahlperiode z. B. bei den Initiativen der Grünen zum Verbot halbautomatischer kriegswaffenähnlicher Waffen deutlich gemacht haben.
DIE LINKE.	▪ Bei missbräuchlicher Nutzung bergen Waffen ein großes potentielles Risiko, immense Schäden an Leib, Leben und Psyche möglicher Opfer zu verursachen. Die Gesellschaft muss diskutieren, welche Risiken sie für welche Freiheiten auf sich nimmt. DIE LINKE tritt grundsätzlich dafür ein, die Verbreitung von Waffen in der Gesellschaft so gering wie möglich und die Standards der Sicherheit so hoch wie möglich zu halten. Inwieweit halbautomatische Waffen, Waffen mit großen Kalibern oder Waffen, bei denen besonders hohe Geschossenergien erzielt werden für den Schießsport notwendig sind, muss hinterfragt werden. Regelungen für die Jagd unterliegen einer anderen Logik: Hier muss das weidgerechte Erlegen des Tieres im Vordergrund stehen. Ein erneuter Eingriff in das Waffenrecht sollte aber gewährleisten, dass der Schießsport und die Jagd ohne unnötige Behinderungen weiter möglich sind.

III. Waffenrechtliche Regelungen	
4. Hält Ihre Partei die Erhebung von Gebühren für Kontrollen der Aufbewahrung für erforderlich?	
CDU CSU	▪ Die verdachtsunabhängigen Kontrollen liegen im öffentlichen Interesse, daher werden für den Bereich des Bundes keine Gebühren erhoben. Das Gebührenrecht der Länder liegt allerdings in deren eigenem Zuständigkeitsbereich.
SPD	▪ Die SPD-Bundestagsfraktion hat der letzten Reform des Waffenrechts im Jahre 2009 zugestimmt. Dabei hat die SPD-Fraktion als Teil der damaligen Regierungskoalition in der zugrundliegenden Beschlussempfehlung des Innenausschusses folgende Position zu dieser Frage eingenommen: „Die verdachtsunabhängigen Kontrollen liegen im öffentlichen Interesse und deswegen werden keine Gebühren erhoben. Dies wird in der anstehenden Kostenverordnung klargestellt.“ (Drs. 16/13423, S. 71)
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Hierzu haben wir keine Pläne.
FDP Die Liberalen	▪ Die gesetzlich vorgeschriebenen waffenrechtlichen Kontrollen in Privathäusern und Wohnungen von Waffenbesitzern stellen einen Eingriff in die gemäß Art. 13 GG grundgesetzlich geschützte Unverletzlichkeit der Wohnung dar. Kontrollen dürfen daher nur unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit von dazu befähigten Personen durchgeführt werden. Hierbei bietet es sich an, dass die zuständigen örtlichen Behörden mit den Vereinigungen der Schützen, Jäger und Sammler zusammenarbeiten. Die Kontrolle selbst ist eine dem öffentlichen Interesse dienende Maßnahme. Aus diesem Grund müssen die Länder beanstandungslose Kontrollen bei Sportschützen und Jägern gebührenfrei durchführen und damit endlich dem Appell des bundesdeutschen Gesetzgebers aus dem Jahr 2009 nachkommen.
DIE LINKE.	▪ Nein. Für Kontrollen im Rahmen des hoheitlichen Handelns von Behörden sollten keine Gebühren erhoben werden.

III. Waffenrechtliche Regelungen	
5. Teilt Ihre Partei die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei, dass nicht der legale, sondern der illegale Waffenbesitz ein Problem darstellt?	
CDU CSU	▪ Es ist tatsächlich so, dass nach der polizeilichen Kriminalstatistik die Verwendung legaler Schusswaffen bei Straftaten in geringerem Umfang festgestellt wird. Dies hat seine Ursache ganz überwiegend in der Anwendung des strengen deutschen Waffengesetzes. Danach werden für den legalen Umgang mit Waffen bereits sehr hohe Anforderungen an die Person des Waffenbesitzers gestellt. Das Waffengesetz lässt nur im begrenzten Umfang Waffenbesitz für einen ausgewählten und überprüften Personenkreis zu.
SPD	▪ Die SPD teilt die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei, dass der illegale Waffenbesitz auch in Deutschland ein sehr ernstzunehmendes Problem darstellt. Eine Verringerung des illegalen Waffenbesitzes wäre wünschenswert, etwa durch Amnestieregelungen o.ä.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Beide sind problematisch, der illegale Waffenbesitz ist sicherlich das dramatischere Problem, hier geht es um die Bekämpfung von Kriminalität. Bei den legalen Waffen ist es auch unserer Sicht notwendig, durch Regeln über Sicherung etc. Missbrauch und Unfälle zu verhindern.
FDP Die Liberalen	▪ Diese Einschätzung teilen wir, weshalb wir den Kampf gegen illegalen Waffenbesitz stärken wollen. Die geringe Bedeutung legaler Waffen in der Kriminalstatistik zeigt, dass organisierte Schützen, Jäger und Sammler dem Einzelnen Rückhalt bieten können. Ihr Wirken durch ein zu scharfes Waffenrecht zu beeinträchtigen, sie unter Umständen in die Illegalität zu drängen, wäre kontraproduktiv.
DIE LINKE.	▪ Illegale Waffen sind ein größeres Problem, als legale Waffen. Offensichtlich schrecken die existierenden Strafen aber zehntausende illegale Waffenbesitzer nicht ab. Die Politik muss dieses Thema verstärkt auf die Agenda setzen: So sollte eine erneute, zeitlich begrenzte Amnestie zur Waffenabgabe eingeführt werden. Um den Anreiz zu erhöhen, könnten bei der Abgabe einer Waffe Wertgutscheine ausgegeben werden.

II. Ehrenamt im Sport	
1. Welche Stellung nimmt Ihre Partei zum ehrenamtlichen Engagement der Bürger für den Sport in unserem Land ein?	
CDU CSU	▪ Mehr als 90 000 eingetragene Sportvereine in unserem Land sorgen dafür, dass tagtäglich für über 27 Millionen Menschen ein breites Sportangebot geschaffen wird. Für Alt und Jung gilt gleichermaßen: Sport macht gesünder, glücklicher, selbstbewusster und fördert das Für- und Miteinander. Darüber hinaus leisten etwa 1,7 Millionen ehrenamtlich Tätige in den Sportvereinen wichtige Sozial- und Integrationsarbeit und bilden einen unverzichtbaren Bestandteil für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sind Ausdruck gelebter Solidarität. Ehrenamtliche Tätigkeit ist Teil ihres Lebens, gibt Lebenssinn und steigert die Lebensqualität. Sie erwerben Schlüsselqualifikationen und Fähigkeiten, die über dieses Engagement hinaus bei der Ausbildung und beruflichen Tätigkeit stärker Berücksichtigung finden sollten.
SPD	▪ Sport ist die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Über 91.000 Sportvereine zählen rund 28 Millionen Mitgliedschaften. Millionen Stunden werden allein im Sport jedes Jahr ehrenamtlich geleistet. Nur durch dieses Engagement wird Sport von Kindesbeinen bis ins hohe Alter für alle ermöglicht. Durch den ehrenamtlichen Einsatz von vielen Millionen Menschen als Übungsleiterinnen und -leiter, Trainerinnen, Trainer und Vorstände, aber auch als Helferinnen und Helfer bei Sportfesten und Turnieren machen sie sich verdient um unsere Gesellschaft. ▪ Die Förderung des Ehrenamts hat seit der Einführung der Übungsleiterpauschale durch den Bundeskanzler Willy Brandt eine lange Tradition in der SPD. Seitdem hat sich die Sozialdemokratie immer wieder für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt und mit Erhöhungen der Übungsleiterpauschale, dem Abbau von Bürokratie aus dem „10 Hilfen für Helfer“-Programm vom damaligen Finanzminister Peer Steinbrück sowie der Reform des Vereinsrechts auch viel erreicht.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Die Sportvereine in Deutschland sind getragen vom großen freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagement ihrer Mitglieder. Die aktive Beteiligung der Menschen an Vereins- und Sportentwicklung ist prägend für die vielfältige und lebendige Sportkultur in Deutschland. Hierbei haben die Funktionsträger im Verein eine besondere Verantwortung, der im Steuerrecht durch die Regelungen zum Übungsleiterfreibetrag sowie durch die Ehrenamtspauschale Rechnung getragen wird. Wir wollen, dass dieses Engagement weiter wächst und unterstützen zielorientierte Initiativen, die aus Verbänden und Vereinen vorgetragen werden. ▪ Wir setzen uns darüber hinaus für ein Gesetz für die Freiwilligendienste ein, damit die Freiwilligendienste in ihrer zivilgesellschaftlichen Ausrichtung und Organisation weiterentwickelt werden.
FDP Die Liberalen	▪ Roter Faden unserer Engagementpolitik bleibt auch in Zukunft ein trisektorales Verständnis, das Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gleichermaßen einbezieht. Engagement lebt von seiner Freiwilligkeit; unsere Demokratie lebt von aktiv engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Als Liberale fördern wir das Engagement, weil bürgerschaftliches Engagement praktizierter Gemeinsinn ist. Als ersten Schritt hat die christlich-liberale Koalition die „Nationale Engagementstrategie" 2010 verabschiedet. Engagement soll besser gefördert, stärker vernetzt und allen zugänglich gemacht werden und eine lebendige Anerkennungskultur entstehen. Wir haben 2012 den ersten Engagementbericht "Für eine Kultur der Mitverantwortung„ für Deutschland erstellt, der Bedeutung und Wert des bürgerschaftlichen Engagements für eine moderne Gesellschaft und ihre Wandlungsprozesse hinterfragt und einen besonderen Fokus auf das Engagement von Unternehmen legt. Mit dem neuen Ehrenamtsstärkungsgesetz haben wir dann 2013 für Vereine und Engagierte deutliche steuerrechtliche Erleichterungen geschaffen, Bürokratie abgebaut und Haftungsrisiken begrenzt. Das Ehrenamtsgesetz bildet einen praktikablen und transparenten Rechtsrahmen, stärkt und würdigt die Tätigkeit von

	über 23 Millionen engagierten Bürgern in fast 600.000 Vereinen und rund 19.000 Stiftungen. Dazu haben wir u. a. Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale auf 2400 bzw. 720 Euro erhöht und Haftungsrisiken für Engagierte beseitigt. Dies hat besonders für den Sport eine hohe Bedeutung.
DIE LINKE.	▪ DIE LINKE möchte bürgerschaftliches Engagement als soziales Plus stärken, dazu gehört auch das Ehrenamt im Sport. Ohne freiwillig Engagierte könnten viele Sportvereine ihre Tore schließen. Daher ist freiwilliges Engagement im Sport attraktiver zu machen, wobei gleichzeitig keine regulären Arbeitsplätze verdrängt oder überflüssig gemacht werden dürfen. Zudem müssen im Ehrenamt insgesamt bürokratische Hürden abgebaut werden, um das Engagement zu erleichtern.

II. Ehrenamt im Sport	
2. Beabsichtigt ihre Partei das Ehrenamt im Sport konkret zu fördern, gegebenenfalls mit welchen Maßnahmen?	
CDU CSU	▪ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Anfang des Jahres das „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ eingebracht, das rückwirkend zum 1.1.2013 in Kraft tritt. Neben der Klärung vieler haftungsrechtlicher Fragen beinhaltet das Gesetz eine deutliche Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale. ▪ CDU und CSU wollen auch künftig zur weiteren Förderung des Ehrenamtes die steuerlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern, ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie entlasten und Erfolgsmodelle wie den Bundesfreiwilligendienst weiterentwickeln. ▪ Die Union dringt auf mehr Anerkennung im Ehrenamt. Ehrenamtliche Arbeit und geleistete Freiwilligen-Jahre in den Berufsbiografien sollen anerkannt werden. Die bewährte Idee der Ehrenamtskarte soll bundesweit zum Einsatz gebracht werden und auf das Engagement von Schülern, Studierenden, Auszubildenden, Eltern- oder Mitarbeitervertretungen ausgeweitet werden.
SPD	▪ Die SPD will die strukturellen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement auch weiterhin verbessern. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements muss als eigenständiger gemeinnütziger Zweck anerkannt werden. Gemeinnützige Vereine und Organisationen wollen wir bei ihrer Tätigkeit von bürokratischen Lasten befreien. Durch eine regelmäßige Anpassung von Steuerfreibeträgen und Zweckbetriebsgrenzen müssen sie von Nachweispflichten und Erklärungsaufwand entlastet werden.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist formal bereits als Gemeinnützigkeitskriterium in § 52 Abs. 2 Nr. 52 der Abgabenordnung verankert, sie wird jedoch durch den Anwendungserlass (vgl. AEAO zu § 52 Tz. 2.5) dadurch ausgehebelt, dass die Norm nur in Verbindung mit einem weiteren Zweck anerkannt werden könne. Wir setzen uns hier ganz konkret für eine Änderung ein. ▪ Wir wollen einen Ausbau der Modellprojekte für ein stärkeres Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund im Sportverein.
FDP Die Liberalen	▪ Roter Faden unserer Engagementpolitik bleibt auch in Zukunft ein trisektorales Verständnis, das Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gleichermaßen einbezieht. Engagement lebt von seiner Freiwilligkeit; unsere Demokratie lebt von aktiv engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Als Liberale fördern wir das Engagement, weil bürgerschaftliches Engagement praktizierter Gemeinsinn ist. Als ersten Schritt hat die christlich-liberale Koalition die „Nationale Engagementstrategie" 2010 verabschiedet. Engagement soll besser gefördert, stärker vernetzt und allen zugänglich gemacht werden und eine lebendige Anerkennungskultur entstehen. Wir haben 2012 den ersten Engagementbericht "Für eine Kultur der Mitverantwortung„ für Deutschland erstellt, der Bedeutung und Wert des bürgerschaftlichen Engagements für eine moderne Gesellschaft und ihre Wandlungsprozesse hinterfragt und einen besonderen Fokus auf das Engagement von Unternehmen legt. Mit dem neuen Ehrenamtsstärkungsgesetz haben wir dann 2013 für Vereine und Engagierte deutliche steuerrechtliche Erleichterungen geschaffen, Bürokratie abgebaut und Haftungsrisiken begrenzt. Das Ehrenamtsgesetz bildet einen praktikablen und transparenten Rechtsrahmen, stärkt und würdigt die Tätigkeit von über 23 Millionen engagierten Bürgern in fast 600.000 Vereinen und rund 19.000 Stiftungen. Dazu haben wir u. a. Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale auf 2400 bzw. 720 Euro erhöht und Haftungsrisiken für Engagierte beseitigt. Dies hat besonders für den Sport eine hohe Bedeutung.

DIE LINKE.	▪ Wir setzen uns für eine bessere Anerkennungskultur ein, um auch wieder mehr Nachwuchs an die Ehrenämter im Sport heranzuführen. Es sollte z.B. Vergünstigungen für bürgerschaftliches Engagement (Ehrenamtscard) geben. Ein einfaches und transparentes Antrags- und Abrechnungsverfahren für öffentliche Zuwendungen ist ebenso nötig wie kostenfreie Weiterbildungskurse. Neben einer steuerlichen Förderung (Übungsleiterpauschale etc.), die nur denjenigen zugutekommt, die tatsächlich auch Steuern zahlen (müssen) und deswegen Freibeträge etc. anbringen können, wollen wir eine bessere Infrastruktur auch im Engagementfeld Sport aufbauen und nachhaltige Vereinsstrukturen schaffen, die sich langfristig selbst tragen können.

II. Ehrenamt im Sport	
3. Wie steht Ihre Partei zur Traditions- und Brauchtumspflege, insbesondere im Schützenwesen?	
CDU CSU	▪ Für die Union hat das bürgerschaftliche Engagement Tradition und Zukunft. Die Förderung von Bürgersinn und ehrenamtlicher Tätigkeit gehört zu den fundamentalen Anliegen christlich demokratischer Politik. Die Union hält an ihrem Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft fest. Dies gilt in besonderer Weise für die Schützenvereine, die für die kontinuierliche Pflege von Brauchtum und Tradition stehen.
SPD	▪ Die SPD würdigt die Pflege von Traditionen und Bräuchen, beispielsweise den Brauch des Karnevals, der unter unterschiedlichen Namen in großen Teilen Deutschlands von vielen Menschen gefeiert wird. Oder auch die Pflege von Traditionen, wie sie die SPD in diesem Jahr selbst prominent mit dem 150-Jährigen Jubiläum der Partei hochhält, jedoch ohne dabei auch die heutige Zeit und deren Anforderungen aus dem Blick zu verlieren. Wir wissen, dass die Schießwettbewerbe zuweilen auch auf einer sehr alten Tradition beruhen und regional sehr unterschiedlich sein können. Wir gehen davon aus, dass alle traditionellen Schießwettbewerbe im Rahmen einer verlässlichen und verbindlichen Schießordnung abgehalten werden. Dazu zählt für uns auch, dass jeglicher Diskriminierung eine klare Absage erteilt
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wertschätzen Traditions- und Brauchtumspflege, solange sie den kulturellen und sportlichen Formen einer offenen und pluralen Gesellschaft entspricht. Vereine und Verbände können einen besonderen Beitrag für eine tolerante, kulturell offene und moderne Gesellschaft leisten.
FDP Die Liberalen	▪ Die schwarz-gelbe Bundesregierung fördert Spitzensportverbände finanziell. Dazu gehört auch der Deutsche Schützenbund. Damit unsere Spitzensportlerinnen und -sportler auch künftig die Chance haben, erfolgreich zu sein, werden wir die finanzielle Förderung des Spitzensports in Deutschland auf hohem Niveau fortführen.
DIE LINKE.	▪ Für DIE LINKE gehört die Pflege traditioneller Überlieferungen zum Schutz des immateriellen Kulturerbes. Dies gilt auch für das Schützenwesen, solange es sich ausschließlich um friedliche Gebräuche und friedlichen Sport handelt.

I. Sportförderung	
1. Welchen Stellenwert hat der Sport allgemein für Ihre Partei?	
CDU CSU	▪ Sport eint, bildet, aktiviert, begeistert und integriert. Sport trägt zur Ausbildung von Werten wie Toleranz, Fairness, Leistung, Wettbewerb, Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer bei. So kann der Sport ganz wesentlich zu einer friedlicheren und besseren Gesellschaft und Zusammenlebens in der Welt beitragen. ▪ Sport ist ein Sympathieträger unseres Landes. Die Präsenz in den Medien macht Sport für jeden erlebbar, ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sichert und schafft Arbeitsplätze. Es ist ein vorrangiges Anliegen unserer Sportpolitik, den Sport in seiner Gesamtstruktur nachhaltig zu unterstützen, seine Autonomie und Eigenverantwortung zu stärken. ▪ Die Vereine sind die Basis des deutschen Sports. Die verlässliche Förderung der Vereine und der dort ehrenamtlich Tätigen sind wesentliche Ziele der Sportpolitik von CDU und CSU.
SPD	▪ Im Sport werden Werte wie Fairplay, Respekt und Teamgeist gelebt und vermittelt. Sport bringt Lebensfreude, Gesundheit und macht Spaß. Jung und Alt, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderungen, unabhängig von ihrer Nationalität und ihrer religiösen, politischen oder sexuellen Orientierung sind durch den Sport miteinander verbunden. Sport und Sportvereine vermitteln Werte und eröffnen die Möglichkeit, Leistungsfähigkeit auszubauen, Grenzen auszuloten und Selbstbewusstsein zu stärken. Deshalb unterstützt die SPD den Sport, die Belange des Spitzensports ebenso wie die des Breiten-, des Behinderten- und des Gesundheitssports.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Sport einen großen Stellenwert. Wir haben sowohl in unserem Grundsatzprogramm als auch in unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 22. September 2013 zahlreiche Vorschläge für eine moderne Politik für mehr Sport und Bewegung fest verankert. In allen Parlamenten vertreten grüne Abgeordnete in engagierter und ambitionierter Arbeit eine zukunftsorientierte Sportpolitik. Wir stehen auf allen Ebenen in ständigem Dialog mit Sportverbänden und Sportvereinen.
FDP Die Liberalen	▪ Wir wissen, dass Sport für die Aktivierung und den Zusammenhalt einer modernen Gesellschaft unverzichtbare Beiträge leistet und dass Deutschland auf großartige Traditionen und Leistungen im Sport verweisen kann, die es zu bewahren und zu entwickeln gilt. Deshalb werden wir unsere Aufgaben als Partner und Förderer des Sports mit besonderer Verantwortung wahrnehmen.
DIE LINKE.	▪ Der Sport erfüllt in der Gesellschaft unersetzbare Funktionen. Er trägt zum Wohlbefinden bei, steigert die Gesundheit und verbessert die Lebensqualität. Sport ist zudem wichtiger Bestandteil der Prävention und der Rehabilitation. Durch die integrative Wirkung des Sports werden Vorurteile abgebaut und die Kommunikation und Teilhabe der Menschen gestärkt. Dies betrifft alle, gleich welcher Herkunft, welchen Geschlechts, ob mit oder ohne Behinderung.

I. Sportförderung	
2. Sieht Ihre Partei die Heranführung der Jugend an den Sport als wichtiges Ziel in unserer Gesellschaft? Gilt dies auch für den Schießsport?	
CDU CSU	▪ In jedem Menschen ist die Freude an der Bewegung angelegt; dies trifft insbesondere auf Kinder und Jugendliche zu, deren Anlagen von frühester Kindheit an gefördert werden sollten. Kinder und Jugendliche wollen sich bewegen und sie haben ein Recht auf Bewegung. Durch Sport und Bewegung erwerben sie motorische Fähigkeiten und Fertigkeiten, deren Ausprägung erheblichen Einfluss auf die kognitive Entwicklung hat. Sport und Bewegung fördert die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Im Umgang mit Erfolgen und Misserfolgen entwickeln sie emotionale Kompetenzen und das Erleben von Gemeinschaft erzieht zu selbstverantwortlichem Handeln. ▪ Für CDU und CSU sind Sport und Bewegung wesentlicher Bestandteil einer ganzheitlichen Erziehung und Entwicklung. Hierzu gehört auch der Schießsport.
SPD	▪ Sport ist von zentraler Bedeutung für unsere Gesellschaft. Insbesondere der Breitensport ist wichtig im tagtäglichen Leben. Er ist Teil und Ausdruck eines gesunden Lebensstils und ein gutes Instrument in der Integrations- und Bildungsarbeit. Sport und Sportvereine sind besonders wichtig für Kinder und Jugendliche. Sie vermitteln gesamtgesellschaftlich Werte und eröffnen die Möglichkeit, Leistungswillen zu entwickeln, Grenzen auszuloten und Selbstbewusstsein zu stärken. Individuelle Förderung ist auch der Schlüssel um persönliche Begabungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung zu bringen. Hier kommt auch die Zusammenarbeit der Sportvereine mit Ganztagsschulen ins Spiel. Wir werden uns für mehr sportliche Angebote an Ganztagsschulen stark machen. Dafür steht unser Masterplan Gute Ganztagsschule, mit dem wir jedem Kind und Jugendlichen unabhängig von seinem Wohnort, der Schulform oder dem Förderbedarf einen Ganztagsschulplatz anbieten werden. ▪ Was den Schießsport anbelangt, wissen wir um das herausragende Engagement vieler Schützenvereine in der Jugendarbeit. Vielen Jugendlichen wird durch das Angebot der Schützenvereine Verantwortungsbewusstsein, Konzentration, Teamgeist und Fairplay vermittelt. Die Vereinsverantwortlichen und Übungsleiterinnen wie Übungsleiter im Schießsport tragen dabei auch eine hohe Verantwortung in der Vermittlung des sicheren Umgangs mit den Sportgeräten durch Jugendliche. Das große Engagement im Jugendbereich ist die Grundlage für die außergewöhnlichen Erfolge, die von deutschen Schützen bei Olympischen Spielen, Paralympics, Welt- und Europameisterschaften erreicht werden.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Sport wird in Deutschland flächendeckend angeboten. Sport findet generationenübergreifend statt. Sportvereine und Sportstätten sind Orte der Begegnung zwischen Menschen unterschiedlichen Geschlechts und Alters, unterschiedlicher Herkunft, sexueller Identität und Religion. ▪ Schon die Kleinsten lernen beim Sport Teamgeist sowie einen fairen Umgang miteinander und erlangen soziale Kompetenzen wie den Umgang mit Erfolgen und Misserfolgen. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance bekommen, in einer wichtigen Lebensphase sportliche und soziale Fähigkeiten zu entfalten. Je früher demokratische und zivilgesellschaftliche Verfahrensweisen selbstwirksam erfahrbar gemacht werden, desto größer ist die Akzeptanz für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement sowie für die Sport- und Vereinsentwicklung. ▪ Im Schießsport besteht aufgrund der Gefährlichkeit der Waffen eine besondere Pflicht zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften

FDP Die Liberalen	▪ Bewegung und Lernen ergänzen einander und haben eine hohe Wechselwirkung. Es ist erwiesen, dass Bewegung die Leistungsfähigkeit und geistige Aufnahmebereitschaft steigert und wie ein Motor für kindliche Entwicklung und lebenslanges Lernen wirkt. Deshalb ist es wichtig, bereits in der Vorschulerziehung, in Krippen und Kindertagesstätten gezielte Bewegungsförderung einzusetzen und in der Schule ausreichende, qualifizierte Sportangebote, auch in Zusammenarbeit mit Vereinen, anzubieten. ▪ In vielen Sportarten gibt es keine gesetzlichen Beschränkungen für die Ausübung des Sports durch Minderjährige. Im Schießsport ist das anders. Hier regelt der Gesetzgeber unter welchen Voraussetzungen Kinder und Jugendliche den Schießsport ausüben dürfen. Hiervon nicht betroffen ist das Bogenschießen, da es sich bei den Bögen nicht um Waffen im Sinne des Waffengesetzes handelt.
DIE LINKE.	▪ Gerade bei Kindern und Jugendlichen hat sportliche Betätigung einen positiven Einfluss auf die Entwicklung von Persönlichkeit und Selbstwertgefühl. Als Spezialisierung gilt dies – zumindest im Verein – auch für den Schießsport, wobei dabei unbedingt auch der verantwortliche Umgang mit Waffen zur Schulung gehören muss. Für eine gesunde und positive Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen ist der Schulsport eine grundlegende Voraussetzung. Dieser ist insbesondere hinsichtlich der Sportstätten, der Lehrerqualifikation und der Angebote auszubauen.

I. Sportförderung	
3. Wird Ihre Partei die Verankerung des Sports als Staatsziel im Grundgesetz unterstützen?	
CDU CSU	▪ CDU und CSU sind der Auffassung, dass angesichts der weitgehend unstreitigen und auch hinreichend flexiblen ungeschriebenen Förderzuständigkeiten des Bundes im Sportbereich für eine Verankerung des Sports als Staatsziel im Grundgesetz keine Notwendigkeit besteht. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass die Aufnahme neuer Staatsziel-bestimmungen in das Grundgesetz gewichtigen verfassungspolitischen Bedenken begegnen würde. Die bisherige Zurückhaltung des Grundgesetzes gegenüber weitgehend symbolischen Normen hat sich bewährt und sollte beibehalten werden.
SPD	▪ In 15 von 16 Länderverfassungen ist Sport als Staatsziel verankert. Im Grundgesetz gibt es für den Sport bislang keine vergleichbare Wertschätzung. Wir wollen Sport sowie auch die Kultur als Staatsziel in unsere Verfassung aufnehmen. Das Grundgesetz soll im Artikel 20a um den Satz ergänzt werden: „Der Staat schützt und fördert die Kultur und den Sport“. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entwurf eines Gesetzes zur Aufnahme von Kultur und Sport in das Grundgesetz (BT-Drs. 17/10644) in der aktuellen Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag eingebracht, welcher jedoch von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Sportausschuss abgelehnt wurde. Im Plenum kam es in der 17. Wahlperiode nicht mehr zur Abstimmung, da die schwarz-gelbe Koalition die Aufsetzung des Gesetzentwurfes zur 2./3. Lesung im Plenum blockierte. ▪ Die SPD steht auch weiterhin dafür, den Sport ins Grundgesetz aufzunehmen und hat dies daher im Regierungsprogramm 2013-2017 aufgenommen. Dort heißt es auf Seite 98: „Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung für alle transparent und nachvollziehbar zu gestalten und schaffen dafür mit der Verankerung des Sports im Grundgesetz eine klare Grundlage.“
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Die herausragende Bedeutung von Sport und Kultur in unserer Gesellschaft ist unbestritten. Jedoch lässt sich hieraus noch keine verfassungspolitische Notwendigkeit ableiten, sie als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. Die Bedenken von Experten bestehen bezüglich der Kompetenzordnung. Sport und Kultur sind originäre Kompetenzen der Länder – die in ihre Landesverfassungen auch teilweise Sport und Kultur bereits als Staatsziele eingeführt haben. ▪ Wir sind für eine Förderung des Sports, wir sind für eine Förderung der Kultur; aber wir werden nicht mehr Förderung für diese Themen gewinnen, nur weil wir sie vorher in die Verfassung geschrieben haben.
FDP Die Liberalen	▪ Die FDP spricht sich für die Aufnahme des Sports in das Grundgesetz aus. Wir halten es jedoch für richtig, mit allen Fraktionen gemeinsame Gespräche zu führen, da sonst die Staatsziele Kultur und Sport quasi an das Staatsziel des Tierschutzes angehängt würden. Es ist fraglich, ob das der systematisch richtige Standort ist. Außerdem besteht Klärungsbedarf, wie der Staat die Kultur und den Sport schützen soll. Dass er Sport und Kultur fördern soll, ist verständlich. Er tut es heute bereits - nebenbei bemerkt - ohne Staatszielbestimmung im Grundgesetz. Zu diesen Punkten müssen wir - unter Einbindung der Länder - eine ausführliche Debatte führen.
DIE LINKE.	▪ Die Linksfraktion hat in der 17. Wahlperiode einen Antrag ins Parlament eingebracht, der vorsieht, den Sport als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. Gleichzeitig haben wir ein Sportfördergesetz des Bundes gefordert. Um die Bedeutung des Sports anzuerkennen, muss die Förderung des Sports Aufgabe des Staates sein.

1. Sportförderung	
4. Welche Maßnahmen hält Ihre Partei zur Förderung des Leistungs- und Spitzensports für erforderlich?	
CDU CSU	▪ CDU und CSU bekennen sich zum Leistungsprinzip im Sport und zu einem humanen Spitzensport. Er ist Anreiz und Herausforderung für den Einzelnen und übt eine wichtige Vorbildfunktion für den Breitensport aus. Spitzensport ist in der Vielfalt der Sportarten zu fördern. Eine Beschränkung des Spitzensports auf nur wenige medaillenträchtige Sportarten schließt viele Talente davon aus, ihre Fähigkeiten zu nutzen und weiterentwickeln zu können. Nur eine Förderung der Spitzensportarten in der Breite gibt allen Talenten eine Chance. Die Sportförderung bei der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Zoll ist für den deutschen Spitzensport unverzichtbar und in bisherigem Umfang beizubehalten. Auch die Wirtschaft soll Spitzensportlern berufliche Perspektiven ermöglichen. ▪ Die Spitzensportverbände haben eine zentrale Bedeutung für den Spitzensport; ihre angemessene und verlässliche Förderung spielt somit eine herausragende Rolle. ▪ Bei der Förderung des Spitzensports hat die Förderung des Nachwuchses Priorität. Bei der gezielten und systematischen Förderung des talentierten Nachwuchses müssen sportliche, schulische und berufliche Bildung aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Die Förderung der „Dualen Karriere“ muss daher weiter vorangetrieben werden, damit Spitzensportler/-innen ihre sportliche und berufliche Laufbahn besser miteinander vereinbaren können. Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau von Eliteschulen des Sports ein.
SPD	▪ Breitensport und Spitzensport gehören zusammen. Dort, wo Kinder und Jugendliche Freude an Bewegung und Sport erfahren und sich von ihren Idolen anspornen lassen, entstehen aus Motivationen erneut außergewöhnliche Leistungen. Wo sportliche Leistung auf breiter Basis gefördert wird, entfalten sich die Talente, über deren Erfolge wir uns gemeinsam freuen können. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Spitzensportlerinnen und -sportler verbessern. Die SPD hat erreicht, dass die Förderung des Leistungssports auf konstant hohem Niveau bleibt. Wir wollen einen steten Dialog mit ehemaligen und aktiven Sportlerinnen und Sportlern sowie den Sportorganisationen über aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Probleme im Sport. ▪ Die SPD setzt sich für die Verankerung des Sports im Grundgesetz und eine transparente Vergabe der Steuergelder in die verschiedenen Bereiche des organisierten Sports ein. Wir wollen die „Dualen Karriere“ für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler fördern. Die SPD setzt sich für einen Ausbau dieser Stellen ein und prüft Möglichkeiten, für Sportlerinnen und Sportler etwa über den Öffentlichen Dienst langfristige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Wir wollen mehr Arbeitgeber dafür gewinnen, erfolgreichen Athletinnen und Athleten bzw. aussichtsreichen Talenten einen Arbeits-/Ausbildungsplatz anzubieten, bei dem sie Sport und Beruf verbinden können. ▪ Wir wollen mehr Anerkennung für Trainerinnen und Trainer im Spitzensport und setzen uns für eine Erhöhung des Mittelansatzes, um mehr Bundestrainerinnen und -trainer sowie Olympiastützpunkttrainerinnen und -trainer einzustellen und besser bezahlen zu können.
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	▪ Wir setzen uns für eine transparente und effiziente Spitzensportförderung in Deutschland ein. Denn eine Förderung des Spitzensports ist kein Staatsgeheimnis. Wir sagen Ja zur Spitzensportförderung, bei der die Athletinnen und Athleten im Mittelpunkt stehen . Aber wir sagen Nein zum Medaillenwahn und einem entgrenzten Dopingsport. Der verantwortliche Umgang mit jungen Sportathletinnen erfordert die Etablierung dualer Laufbahnen, in denen neben der sportlichen Karriereplanung die persönliche Entwicklung in Schule, Studium und Beruf berücksichtigt wird. Wir brauchen Athletenkommissionen mit mehr Mitspracherechten.

	▪ Wir setzen uns ein für einen Ausbau der Projektförderung für die Sportverbände im Bereich des Hochleistungssports. Aber in die Strukturen des Spitzensports muss mehr Effizienz bei der Mittelverwendung einfließen. Der Trainerberuf muss noch stärker als wichtiger Baustein in der Spitzensportförderung anerkannt werden. Wir brauchen zur Talentsichtung und -ausbildung eine bessere Förderung und Ausstattung mit Trainerinnen und Trainern. In der Dopingbekämpfung setzen wir uns ein für ein Anti-Doping-Gesetz, eine überzeugende Präventionspolitik und eine unabhängige und bedarfsgerecht finanzierte Nationale Anti Doping Agentur (NADA), die auch die Persönlichkeitsrechte der Athletinnen und Athleten schützt. Wie sieht Ihre Partei die Entwicklung des Sports für die Zukunft in unserem Land? ▪ Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es ein wichtiges Ziel, dass Deutschland ein sportives und bewegungsfreundliches Land wird. Die wichtigen Themenschwerpunkte Finanzierung, Entwicklung, Inklusion und Teilhabe bedürfen daher einer überzeugenden und verbindlichen Übereinkunft zwischen allen Akteuren. Wir setzen uns daher für einen Zukunftsplan Sport ein, in dem Sport, staatliche Institutionen und Wissenschaft in einer Langfristperspektive die Sportentwicklung voranbringen wollen. Auf die besondere Bedeutung der waffenrechtlichen Regelungen für die Weiterentwicklung des Schießsports wird hingewiesen.
FDP Die Liberalen	▪ Wir Liberale bekennen uns zur Förderung des Breiten- und Leistungssports. Förderfähig ist jedoch nur ein sauberer Sport. Die Einnahme leistungsfördernder Mittel gefährdet den Gedanken des Fair Play und den Vorbildcharakter des Sports. Prävention, Selbstkontrolle des Sports durch den Sport, Investitionen in die neuesten Nachweissysteme und ein Klima gesellschaftlicher Zivilcourage gegen alle Formen des Betrugs sind erfolgversprechende Elemente, um Doping nachhaltig zu bekämpfen. Wir bekennen uns zur Stiftung Nationale Anti Doping Agentur (NADA) und fordern Länder und Privatwirtschaft auf, verstärkt ihren Anteil am Stiftungskapital zu leisten. Einen Straftatbestand für Doping lehnen wir Liberale ab. Das schärfste Schwert im Anti-Doping-Kampf bleibt die Wettkampfsperre. Darüber hinaus können zivilrechtliche Haftungsfragen in den Athletenverträgen geregelt werden.
DIE LINKE.	▪ Ein Land kann nur im Spitzensport erfolgreich sein, wenn Breiten- und Schulsport personell, finanziell und inhaltlich gut ausgestattet sind. Es darf nicht sein, dass sich der Bund weiterhin der Verantwortung für diese Bereiche entzieht. Um positive gesellschaftliche und sportliche Effekte zu sichern, muss der Breitensport entsprechend geschützt und gefördert werden. Deshalb schlagen wir vor, ein schlankes Sportministerium einzurichten, das Kompetenzen, aber auch Gelder bündelt, um die verschiedenen Ebenen besser zu vernetzen.

I. Sportförderung	
5. Wie sieht Ihre Partei die Entwicklung des Sports für die Zukunft in unserem Land?	
CDU CSU	▪ Die hohen Mitgliederzahlen und das anhaltend hohe Engagement in Sportvereinen zeigt eine grundsätzlich positive Sportentwicklung auf. Übergreifende Entwicklungen unserer Zeit, wie z.B. der demografische Wandel, macht auch vor dem Sport nicht halt. Wir werden den Sport bei künftigen Herausforderungen und veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin fördern. ▪ CDU und CSU wollen, dass Deutschland seine positive Ausstrahlungskraft als attraktiver und international anerkannter Sportstandort weiterhin entfalten kann. Deshalb werden wir den Spitzensport und den Breitensport unterstützen. CDU und CSU bleiben dem Sport dabei ein verlässlicher Partner.
SPD	▪ Der Sport leistet einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Gesellschaft. Über den Sport werden wichtige Werte und Normen vermittelt, die eine Gesellschaft zusammenhalten. Bildung ist eine wesentliche Ressource der Zukunft, denn Deutschland bleibt in einer globalisierten Welt nur dann konkurrenzfähig, wenn die Menschen optimal ausgebildet, kreativ, flexibel und sozial kompetent sind. Auch über den Sport wird Bildung vermittelt. ▪ Erfolgreiche Integration und Inklusion werden auch in Zukunft bedeutend sein. Es gilt Barrieren aller Art zu überwinden und dabei eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt und Unterschiedlichkeit im Sport zu stärken und Diskriminierung abzubauen. ▪ Sport ist aktive Gesundheitsvorsorge und damit hervorragende Prävention. Dies hilft gerade in einer modernen Gesellschaft, in der die Menschen immer länger leben. ▪ Doch der Sport ist in Zukunft auch großen Herausforderungen ausgesetzt und braucht dabei unter Berücksichtigung der Wahrung der Autonomie des Sports die Unterstützung des Staates. Es gilt gute Rahmenbedingungen zu schaffen, beispielsweise im Bereich der Sportstätteninfrastruktur oder des bürgerschaftlichen Engagements. Der Sport selbst ist u.a. gefragt auf zukünftige Entwicklungen, wie dem demographischen Wandel, zu reagieren
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	/
FDP Die Liberalen	▪ Wir streben an, im Rahmen der Kompetenzen und Möglichkeiten des Bundes den Erhalt und Ausbau von Sportstätten in Deutschland weiter zu fördern. Ferner setzen wir uns für die bewährte duale Karriere im Sport ein. Sie bietet den Spitzenathleten schon während ihrer Athletenlaufbahn Perspektiven für die Zeit danach. Bestehende Modelle, wie z. B. die Sportfördereinheiten von Bundeswehr, Bundespolizei und Zoll sollen daher weitergeführt und auch für paralympische Athleten so weit wie möglich geöffnet werden. Anreize für die Vereinbarkeit von Schule, Studium oder Beruf und Spitzensport sollen verstärkt werden.
DIE LINKE.	▪ Viele Sport treibende Kinder sind letztlich nicht nur Basis für olympische und paralympische Medaillen, sondern vor allem eine Investition in die Zukunft mit Blick auf Bildung und Gesundheit. Immer wieder belegen Studien, dass mehr Schulsport die Lernbereitschaft und die Ausgeglichenheit der Kinder fördert. Gute Bildung und Ausbildung sind der wichtigste Grundstock für die Entwicklung des Landes.